



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln**

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 09.03.2010

AN/0492/2010

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	23.03.2010

Konsequenzen aus dem U-Bahn-Pfusch für die KVB-Führung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu nehmen:

Der Rat möge beschließen:

Die Vertreter der Stadt Köln im Aufsichtsrat der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) werden angewiesen, einen Beschluss zu erwirken, den KVB-Technik-Vorstand Reinarz sofort abuberufen.

Begründung:

Es ist ein Skandal erster Güte, dass der KVB-Aufsichtsrat meint, dass nicht genügend Gründe für eine sofortige Abberufung von Reinarz vorliegen würden und dass Reinarz stattdessen offensichtlich mit einem „goldenen Handschlag“ in den wohl dotierten Ruhestand verabschiedet werden soll. Dem 53jährigen Reinarz stünde im Fall eines nun angekündigten „Auflösungsvertrages“ bekanntlich eine stattliche Abfindung seines noch bis 2013 laufenden Vertrages zu, gefolgt von 100.000 EUR jährlichem „Ruhestandsgehalt“ bis zum Lebensende!

Dies wäre eine Verhöhnung der Opfer des Kölner U-Bahnpfuschs und eine Verhöhnung aller Kölner Bürger, die das schlussendlich finanzieren müssten. Denn das eklatante Versagen der KVB-Bauaufsicht und des für den U-Bahnbaus hauptverantwortlichen Technikvorstandes Reinarz liegen offensichtlich auf der Hand und würden natürlich eine sofortige Abberufung unter Wegfall sämtlicher Bezüge und finanziellen Folgeansprüche rechtfertigen. Aber immer noch scheinen wesentliche Kräfte des Kölner Klüngels ihre schützende Hand über den

ehemaligen CDU-Vorsitzenden Reinartz zu halten und zumindest dafür sorgen zu wollen, dass Reinartz äußerst weich fällt, wenn er denn schon sein Amt auf Druck der Öffentlichkeit aufgeben muss.

Übernahme von politischer Verantwortung und das zur Rechenschaft ziehen strafrechtlich oder zumindest arbeitsrechtlich Schuldiger sieht dagegen anders und würde Schritte erfordern, so wie pro Köln es in diesem Antrag und zahlreichen weiteren Detailanträgen im Hauptausschuss fordert.

Gez. Markus Wiener